

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Teilzeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 20 Pf. ohne Ze
tragen. — Einzelne Nummern
2 M. — Herausgeber: Amt Dippoldiswalde Nr. 2.
Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postlese-
konto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die hiesigen politischen Zeitungen
2 M. außerhalb des Kreis-
bezirksumråds 3 M. im örtlichen Maß der
von Behörden die Seite 2 M. — Ganzseitige
Reklame 20 M.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Lehne. — Druck und Verlag: Carl Lehne in Dippoldiswalde.

Nr. 295

Mittwoch den 20. Dezember 1922

88. Jahrgang

Donnerstag den 21. Dezember abends 8 Uhr
öffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde.
Tagesordnung hängt im Rathause aus.

Kartoffeln

werden Donnerstag den 21. dts. M. vormittags von
7—12 Uhr im Brauereifeller ausgegeben. Bezahlung vorher im Rathause Zimmer Nr. 14.

Der Stadtrat

Völkisches und Sächsisches

Am Montag kam auf der Bahnhofstraße eine 70jährige Frau Zimmermann, in der Wasserstraße wohnhaft, zu Falle und konnte sich nicht wieder erheben. Man brachte sie ins Krankenhaus. Verletzungen konnten nicht festgestellt werden und befindet sich den Umständen nach wieder wohl.

Rötelgeld gilt bis 5. Februar. Den Städten war es zur Zeit des Mangels an Zahlungsmitteln gestattet worden, Rötelgeld auszugeben, das jedoch mit dem Ende des Jahres wieder eingelöst werden musste. Zurzeit besteht allerdings ein Mangel an Zahlungsmitteln nicht mehr, trotzdem hat der Reichsminister der Finanzen mit Rücksicht auf den nahen Jahreswechsel, der erfahrungsgemäß besonders starke Anforderungen an die Läufte des Rötelgeldes bis zum 5. Februar 1923 verlängert.

Stern-Lichtspiele. Am Mittwoch wird der große amerikanische Original-Sensations-Wildwest-Film "Die Jagd nach dem Dollar" einmalig aufgeführt. (Nächstes im Inferat.)

△ Vorsitzreihenhöhung Mitte Januar. Die Preis für das dritte Sechstel der Getreideumlage werden wie bereits angekündigt, eine beträchtliche Erhöhung erfahren. Über das Ausmaß der Erhöhung ist jedoch endgültig Entscheidung noch nicht getroffen. Dieser Preis wird jedoch keineswegs auf die Brotpreise in dem Maße einwirken, daß sich daraus eine Erhöhung auf 600 Mark errechnet, wie von verschiedenen Seiten irrtümlich gemeldet wurde. Endlich ist zu bemerken, daß der 1. Januar als Termin nicht in Betracht kommt, sondern frühestens Mitte Januar.

△ Anmeldung der Verdrängungsbeschäden. Durch Bekanntmachung vom 9. Dezember 1922 sind die in Verdrängungs-, Kolonial- und Auslandsbeschädigung bezeichneten Fristen zur Anmeldung der Schäden, welche nach der Bekanntmachung vom 6. Juni 1922 am 31. Dezember 1922 ablaufen, bis zum 31. März 1923 verlängert worden. Die beteiligten Kreise werden tun, ihre Anmeldungen innerhalb dieser Frist zu bewilligen, da mit einer weiteren Verlängerung der Fristen nicht gerechnet werden kann. Da die Rechtsbehaltung der Fristen den Verlust des Anspruchs auf Schadeneratz nach sich zieht, liegt es im dringender Interesse der Geschädigten, die ihren Schaden bisher noch nicht angemeldet haben, dies baldmöglichst zu tun. + Einigung zwischen Arzts und Krankenkassen. In den Reichsministerium zwischen den Arzts- und Krankenkassenverbänden geführten Verhandlungen wurden zwischen den Parteien folgende Einigung erzielt: Der Anderauchtritt tritt zusammen. Eine Aufgabe ist die Rüschläge zur Vergütung für Oktober und November 1921 endgültig festzusetzen. Der Indexausgleich tritt vorerst Anfang Januar 1923 wegen Rüschung des Dezentralerates zusammen. Dieser Tag wird zunächst auch für die Januarvergütung zu Grunde gelegt und geahnt. Anfang Februar vereinbarmen sich die Parteien auf Einladung des Reichsarbeitsministers. Dabei wird die Vergütung für Januar 1923 endgültig festgesetzt.

Ein Mauerziegel 41 M! Der Kommissar für Baustoffbewirtschaftung in Ostfalen gibt bekannt, daß mit Genehmigung des Ministeriums des Innern der Höchstpreis für 1000 Mauerziegel für das Gebiet der Kreishauptmannschaft Dresden vom 14. Dezember dieses Jahres ab 29 000 M. mit Wirkung vom 1. Dezember ab für das Gebiet der Amtshauptmannschaften Zittau und Kamenz 24 500 M. und für das Gebiet der Amtshauptmannschaften Jitzau und Löbau 21 000 M. beträgt.

Wohnlinige Holzpreise. Durch Schaden, den die Nonne in dem Fichtenbestande eines Gutsbesitzers in Oberoderwitz angerichtet hatte, mußte der Bestand verkauft werden. Der Gutsbesitzer reagierte für den etwa 8 Morgen großen Bestand des sogenannten "Stummens Berges" 18 Millionen Mark. Der Käufer des Holzes ist die Firma Nielhammer, Schleifholzwerk in Chemnitz. Bei solchen ungewöhnlichen Preisen kann selbstverständlich der Papierpreis nicht zurückgehen.

Wagenstandsgebühr im Streikfall. Die viel umstrittene Frage, ob die Eisenbahn bei Streiks in industriellen Betrieben, im Transportgewerbe usw., wodurch die rechtzeitige Entladung der Wagen verzögert wird, berechtigt M. Wagenstandsgebühr zu erheben, ist durch das Reichsgericht zugunsten der Reichsbahn entschieden worden. Das Reichsgericht nahm hierbei den Standpunkt ein, daß das Wagenstandsgebühr keine Vertragsstrafe, sondern eine durch den Tarif geregelte Gebühr für die Benutzung des Wagens über den für die Entladung zugestandenen Zeitraum hinaus darstelle. Die Folgen des Streiks treffen somit nicht den Eisenbahnpersonal, sondern den Empfänger.

Vech hatte ein 12jähriger Junge, der aus Schlesien in Dresden angekommen war und seine Verwandten in Grimma besuchen wollte. Infolge eines Missverständnisses, das wohl auf den

Dialekt des kleinen Reisenden zurückzuführen war, wurde ihm am Schalter in Dresden eine Fahrkarte nach Pirna ausgedehnt und er auch zu dem betreffenden Zug geschickt. Als der Junge in Pirna, seinem falschen Reisziel, anlangte, stand er vor der bedauerlichen Tatsache, daß sein Reisegeld unnötigerweise um einen erheblichen Teil gekürzt worden war. Die Behörde nahm sich seiner an und sorgte dafür, daß er doch noch zu seinen Grimmern

Eine von der Not der Zeit bedrohte öffentliche Einrichtung stellt die hiesige Elbfähre dar. Der Fährmeister darf von den Einheimischen für die Überfahrt nur 10 bis 15 Pf. verlangen und muß dabei von früh 5 bis nachts 1/2 Uhr auf dem Posten sein. Er trägt sich mit dem Gedanken, von seinem Posten zurückzutreten.

Großenhain. Das hiesige Schöffengericht verurteilte den 42 Jahre alten Kaufmann Paul Otto Jensen aus Zwickau wegen Vergebens gegen das Reichsgericht zum Schuh der Republik vom 21. Juli 1922 zu 1 Woche Gefängnis und 24 000 M. Geldstrafe. Dem Angeklagten war zur Last gelegt worden, daß er kurz nach der Ermordung Rathenau, als die politischen Wogen sehr hoch gingen, die Worte gesagt habe: "Jedenfalls sind die, die Rathenau ermordeten, als Helden zu bezeichnen!" und weiter bei einer anderen Gelegenheit: er könne nicht begreifen und verstehen, daß die deutschen Arbeiter um einen Juden wie Rathenau trauerten. Der Angeklagte bekräftigt in der Verhandlung, die Worte so gehabt zu haben, der Sinn sei wesentlich anders gewesen. Auf Grund der Zeugenvornehmung kam das Gericht aber zur Verurteilung.

Leipzig. Eine Arbeiterin fand in ihrem Briefkasten einen verschlossenen Brief ohne Aufschrift. Darin fand sie eine an eine Frau Steinert gerichtete Nachricht über eine Lieferung billigen Fleisches und Schmerses. Einige Tage später erschien ein Mann, erkundigte sich, ob sie das Schreiben geöffnet hätte und teilte ihr mit, daß der Brief nicht für sie bestimmt gewesen sei, sie möchte über die Sache schweigen. Die Frau stellte eine billige Fleischquelle entdeckt zu haben, fragte, ob sie nicht auch mal Fleisch bekommen könnte. Der Gauher sagte ihr zu und teilte ihr am andern Tage mit, daß er 72 Pfund Speck, Schinken und zwei Leberwurst besorgt habe, der Preis sei 15 500 M. Die Frau ließ sich das Geld bei ihren Bekannten zusammen. Sie sah aber dazu kam, die Sachen in Empfang zu nehmen, war der Mann nochmals in ihrer Wohnung erschienen und vergewisserte sich, ob die Frau auch tatsächlich das Geld besitze. Er nahm zwei Papierkästen von ihr mit und bestellte die Frau an den Trespunkt, Ecke Bautzner und Kronprinzstraße. Dort übergab er ihr die zwei schweren Kästen und nahm dafür die 15 500 M. in Empfang. Zu Hause angekommen, fand die geprellte Frau — Asche, Scherbel und Kartoffeln in den Kästen.

Pegau. Als am Sonnabend abend der gegen 8 Uhr von Kirchhof verschoben auf die hiesige Bahnhof eingetroffene Zug zwei Güterwagen abstieß, schlitterten diese ein mit einem Piano beladenen, der Firma Borgis u. Prengel in Magdeburg gehörenden und aus Pegau kommenden Laftano dort, wo die Zehner Straße das Bahngleis kreuzt, bei Seite, wobei die vordere Hälfte des Kraftwagens zertrümmert wurde und beim Sturze einen Fernsprechmast mit zu Falle brachte. Von den beiden Autoinassen erlitt der Führer einen Rippenbruch und eine Handquetschung, der Begleiter eine Nasaverletzung und eine Hautabschürfung im Gesicht. Das in einem Kasten verladene Piano soll unversehrt geblieben sein.

Cottbus. Auf der Weststraße fuhr ein Straßenbahnwagen einen vor ihm fahrenden, von einem Mann gezogenen Handwagen an. Der Mann stürzte samt dem Wagen in die rechts der Gleise befindliche Aufräumung, kam aber mit dem Oberkörper so unglücklich zu liegen, daß die rechte Schuhvorrichtung des Triebwagens den Kopf des Unglückslichen erschlug. Er erlitt dadurch einen schweren Schädelbruch. Bei der Einlieferung ins Stadtkrankenhaus war der Tod bereits eingetreten.

Der Rat hat beschlossen, die Straßenbahnfaßpreise auf 70 und 80 M. für die einfache und Umsteigefahrt zu erhöhen. Zugleich erlief er um Erhöhung der Sonntagszuschläge von 2 auf 5 M. Ferner bittet er den Stadtvorordneten, die gleitende Fahrt preiserhöhung durch den Verwaltungsrat zu genehmigen. Die Straßenbahn habe schon 110 Millionen Mark aus der Stadtkasse zu ihrem Betriebe entnehmen müssen.

Limbach. Für die hiesige erledigte Bürgermeisterei wurden 5 Bewerber zur engeren Wahl gestellt. Die Kommunisten traten entschlossen für Stadtvorordneten Schubert in Limbach ein und wollten möglichst die Wahl von einer Betriebsräteleistung abhängig machen, wogegen sich aber die Vertreter anderer Parteien, besonders die Sozialdemokraten, energisch wohnten.

Zwickau. Die Stadt erhöhte den Preis für Gas auf 100 M. je Kubikmeter, für elektrischen Strom auf 185 M. pro Kilowattstunde Licht und Kraft, den Straßenbahnpreis auf 40, 50 und 70 M. (Zone 1, 2 und 3).

Der Westsächsische Grenzturmgang und der Koblenzfeldturmang haben sich unter dem Namen "Mulde-Viehse-Turngau" vereinigt. Der Gau umfaßt die amtsbaupräsidialen Bezirke Zwickau, Weida und Glauchau.

Waldenburg. 16 Dicke verschluckt hat der berüchtigte Ein- und Ausbrecher Wenzel Hoffmann. Er war in das hiesige Amtsgericht eingeliefert worden. Infolge unerklärlicher Magenbeschwerden mußte der Verdreher aber ins Knapschaftsjailort übergeführt und operiert werden. Die Operation ergab die überstauchende Tatsache, daß Hoffmann, um Dietrichs ins Gefängnis einzuschmuggeln, 16 dieser Werkzeuge verschluckt hatte.

Plauen. I. V. Der Rat beschloß, die Säfte für den Loskauf von der Zivilbevölkerung bis auf weiteres jährlich zu erhöhen: für einen überzähligen Raum von 500 M. auf 3000 M., für zwei überzählige Räume von 1000 M. auf 7500 M., für drei überzählige Räume auf 13 500 M., für vier überzählige Räume auf 20 000 M. und für fünf überzählige Räume auf 30 000 M. und für jeden weiteren überzähligen Raum 15 000 M. mehr. Bei einmaligen Zahlungen ist das 20fache des jährlichen Betrags zu bezahlen.

Zittau. Bürgermeister Zwingerberger und Stadtbaurat Möller wurden von den Stadtvorordneten auf Lebenszeit gewählt. Die Sozialdemokraten gaben die Erklärung ab, daß sie aus primärpolitischen Gründen gegen die Wahl auf Lebenszeit stimmen, obwohl sie zu beiden Herren Vertrauen haben und mit ihrer Amtsführung zufrieden seien.

Zittau. Aus der vom Abg. Kaska in Reichenberg in die Wege geleiteten Sammlung für Minderbemittelte in den sächsischen Grenzorten wird demnächst den zuständigen sächsischen und schlesischen Regierungsstellen ein Betrag von 15 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden können.